

KAPITALISMUS

Zerstört der Kapitalismus die Demokratie?

Privateigentum und Volksherrschaft gelten Systemkritikern als Gegensatzpaar. Josef Joffe gehört nicht zu ihnen

Wer hat den Kapitalismus – sagen wir besser: Marktwirtschaft plus Privateigentum – erfunden? Es war Moses, der bekanntlich das (göttlich inspirierte) siebte Gebot so formuliert hat: "Du sollst nicht stehlen." Diese vier Wörter markieren weit mehr als den (geheiligten) Schutz des Eigentums.

Warum? Denken wir weiter. Wenn ich sagen darf: "Das gehört mir", verkünde ich mit Fug und Recht: "Hier darfst du nicht rein; das ist nicht dein." Wer ist dieser "Du"? Der Nachbar, der Häuptling, der König, der Staat. Sie dürfen es mir nicht wegnehmen – mein Land, mein Haus, mein Weib, die Früchte meiner Arbeit. Eigentum von Leib und Gut ist also das Stoppschild schlechthin und das Fundament aller Freiheit. "My home is my castle", sagen folgerichtig die Engländer.

Und Freiheit ist das Fundament aller Demokratie, weshalb die Eigentumswirtschaft logischerweise das Unterpfand dieser politischen Ordnung ist. Man darf es auch schlichter sagen: Es gibt zwar Kapitalismus ohne Demokratie, aber keine Demokratie ohne Kapitalismus. (Der K. sei hier gut marxistisch definiert als System, in dem die Produktionsmittel – sprich: Kapital – unter privater Regie stehen, wo Arbeit und Güter gegen bare Münze auf dem Markt getauscht werden.)

K. funktioniert tatsächlich ohne Demokratie. Der Quasikapitalist China protzt mit märchenhaftem Wachstum, ist aber ein antidemokratisches System. Chile war Marktwirtschaft plus Pinochet. Viele Aufsteiger – von Mexiko bis Russland – sind nur dem Namen nach Demokratien. Doch kennt irgendjemand eine echte, also eine liberal-rechtsstaatliche Demokratie, die nicht kapitalistisch wäre? Es ist kein Zufall, dass Moses, der sein Volk in die Freiheit führte, ihm auch das Eigentumsrecht verschrieb. Es ist auch kein Zufall, dass Nordkorea, das letzte Überbleibsel des totalitären Kommunismus, zugleich das ärmste und unfreieste Land auf Erden ist.

Woher kommt also die Vorstellung, dass der K. der Feind der D. sei? Sie entwächst einem Zerrbild, das in der realen Welt nie existiert hat, nicht im Italien der Renaissance, das die moderne Geldwirtschaft erfunden hat, nicht einmal im frühindustriellen England, dessen Elend – Armut, Suff, Krankheit – Charles Dickens plastischer beschrieben hat als Charles Marx, der in der Abgeschlossenheit des British Museum seine Theoriegebäude zusammenzimmerte.

In diesem Zerrbild des K. schienen die Reichen nicht nur die Verfügungsgewalt über das Geld, sondern auch über die Macht zu haben. Das war schon unter Victoria und Disraeli falsch, der übrigens mit Sybil, Or The Two Nations 1845 einen leidenschaftlich sozialkritischen Roman über die Schreckensexistenz

der Arbeiterklasse geschrieben hat. Hätte Marx aber etwas länger gelebt, wäre ihm aufgegangen, dass die moderne D. just aus dem Höllenpfehl des ersten Industriekapitalismus, nämlich des britischen, hervorgegangen ist. Die ultrakapitalistische Entwicklung der USA ging Hand in Hand mit der demokratischen.

Der moderne Wohlfahrtsstaat (nicht der minimalistische von Bismarck) entstand in England, die schärfste Anti-Monopol-Gesetzgebung in den USA – lange bevor es in Deutschland ein Kartellamt gab. Daraus lässt sich schließen: Der K. führt nicht über Nacht zur D., aber er ist keinesfalls ihr Feind – und längerfristig doch ihr Freund. England und Amerika verkörperten im 19. Jahrhundert den Ultrakapitalismus schlechthin, waren zugleich aber auch die ersten und ältesten Demokratien. Warum hat sich der K. historisch als Freund der D. entpuppt?

Einmal, weil der Markt, wenn er nicht durch Kartelle, Monopole und Etatismus eingezwängt wird, wie die D. auf Wahlfreiheit beruht. Nicht Gosplan befiehlt, was ich kaufen darf, sondern ich selber, der Konsument. Nicht das Politbüro wählt den Herrscher, sondern ich selber. Zum Zweiten ist der Markt das beste Informationssystem, das der Mensch vor dem Internet je erfunden hatte. Im Markt weiß jeder ziemlich schnell, was gewollt, gebraucht und produziert wird. Das schafft "Transparenz", wie wir heute sagen – und schnürt die Macht jener ein, die mit Unwissen Politik machen.

Drittens: Der K. hat zwar historisch kräftig ausgebeutet, aber er rafft nicht nur Kapital, sondern schafft es auch und so die Möglichkeit, mit Banken, Börsen und Kapitalgesellschaften als "Makler" eine Würstchenbude, eine Fabrik oder Google aufzuziehen, das von zwei mittellosen Stanford-Studenten gegründet wurde. Das ist Teil I der geliebten Freiheit, die es im Feudalsystem oder Kommunismus nicht gab und nicht geben konnte.

Teil II hat Michael Miersch in den knappen Spruch gegossen: "Die freie Wahl der Waren weckt Gelüste, auch anderes frei wählen zu dürfen." Aha. Auch wenn wir heute die autoritäre Modernisierung à la China bewundern (wie früher die von Stalin und Hitler), besteht doch eine recht solide kausale Kette zwischen Wohlstand und Demokratie, die schon Tocqueville im frühen Amerika besungen hat. Oder nehmen wir Deutschland, wo die Wirtschaftskrise den Ruin Weimars mitbewirkt hat, aber das "Wirtschaftswunder" 30 Jahre später das unglaubliche "Politwunder" der Bundesrepublik gezeugt hat. Menschen, die etwas haben, wollen mehr – nicht nur Goodies, sondern auch Bildung, Selbstverwirklichung und einen Anteil an der Macht, genannt: "Demokratie".

Es gibt aber noch Teil III. Der Kommunismus kannte, wie jede Form der Staatswirtschaft, keine Krisen, nur – nach 70 Jahren – den Kollaps. Ihm fehlen Augen und Ohren, die der K. millionenfach besitzt. Der Kapitalismus ist natürlich auch ein Krisengebilde par excellence. Allein das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts war eine endlose Abfolge von Crash und Krach. Interessanterweise war diese Zeit, nach den gescheiterten Revolutionen von 1830 und 1848, aber auch eine Blütezeit der Demokratisierung, die bis ins erste Drittel des

20. Jahrhunderts anhielt. Brutal beendet wurde sie nicht vom K., sondern von Kommunismus, Faschismus und Nazismus.

Eine verkürzte Darstellung, entscheidend aber ist, dass der K. anders als die Befehlswirtschaft von seinen Krisen lernt. Deswegen haben Dickens und Marx die Zukunft verkannt – oder genauer: mit ihrer hartnäckigen Kritik just die Zukunft gebannt, die sie an die Wand geworfen hatten. Sie haben ihren Finger in die gefährlichste Wunde des K. gelegt: Sich selber oder den Mächtigen überlassen, tendiert er zur Selbstzerstörung. Aber das hatte der größte Theoretiker der Marktwirtschaft, Adam Smith, schon 1776 erkannt: "Leute vom selben Gewerbe kommen nur selten zusammen, selbst für Frohsinn und Unterhaltung, ohne alsbald eine Verschwörung gegen die Öffentlichkeit anzuzetteln", etwa durch Preisabsprachen.

Dass der Staat das vereitelt, damit hat auch ein "Marktradikaler" wie der Nobelist Milton Friedman kein Problem; in seinem Kapitalismus und Freiheit betont er: "Die Existenz eines freien Marktes ersetzt natürlich nicht die Notwendigkeit einer Regierung." Der Staat sei im Gegenteil unverzichtbar als Verfasser der "Spielregeln" und als "Schiedsrichter". Und, darf man hinzufügen, als Ausgleicher. Denn der Markt-Demokratie-Vergleich hinkt in einem entscheidenden Punkt: In der D. hat jeder eine Stimme, im Markt hängt das "Stimmrecht" an Einkommen und Besitz. Der demokratische Kapitalismus ist aus seinen Krisen schlau geworden und hat sich deshalb an zwei Stellen fortwährend reformiert.

Einmal bei den Institutionen, und zwar im Sinne von Adam Smith mit einer Unzahl von Gesetzen, Eingriffen und Kontrollgremien, die den Kapitalismus davor bewahrten, sich selber zu korrumpieren: Anti-Monopol-Kommissionen, Kartellbehörden, Kriminalisierung von Insidergeschäften. Zum Zweiten mit einer Umverteilungs- und Sozialpolitik, die inzwischen etwa ein Drittel der Wirtschaftsleistung ausmacht. Das war gut für die Krisenbewältigung, aber auch gut für die Gerechtigkeit, weil im reinen, unbeaufsichtigten Markt die Reichen mehr "Stimmen" hätten als die Armen.

Eine wundersame historische List: Der K. hat erst ungeahnten Wohlstand geschaffen, dann die Demokratie befördert, die ihrerseits den K. krisensicherer gemacht hat. Seit Kriegsende sind denn auch die Krisen kürzer, die Aufschwünge länger geworden – siehe die jüngste deutsche Rezession, die genau vier Quartale gedauert hat.

K. und D. sind nicht Feinde, sondern zumindest Halbbrüder. Wer von den beiden Kindern der Moderne war wichtiger? Darüber dürfen sich Marktradikale (gibt es die eigentlich noch?) und Kapitalismuskritiker (welche Alternative hätten die wohl?) weiter streiten.

Unbestreitbar ist aber, dass es zwar K. ohne D. gibt, aber keine D. ohne K.

© DIE ZEIT Dieser Text ist Teil der aktuellen Titelgeschichte der ZEIT: "7 Fragen an den Kapitalismus". Alle Fragen und Antworten finden Sie in der neuen Ausgabe der ZEIT.

ZEIT ONLINE 2009